

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Januar 2012

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE ist Mitglied der European Year of Citizens 2013 Alliance

Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, das Jahr 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger auszurufen. Um alle Aspekte der Bürgerschaft in dieses Jahr einzubringen und das Budget für das EY 2013 zu erhöhen, haben sich verschiedene Organisationen nun zu einem zivilen Bündnis für das EY 2013 zusammengeschlossen: die „European Year of Citizens 2013 Alliance“ (EYCA). Die COFACE ist der EYCA nun beigetreten. Das Bündnis steht allen zivilen Organisationen offen, die sich für die Rechte der europäischen Bürger/innen einsetzen und kollektives Engagement für gemeinsame Projekte unterstützen.

- [Webseite der European Year of Citizens 2013 Alliance \(englisch\)](#)

COFACE nimmt an Auftaktveranstaltung zum EY 2012 teil

Die COFACE hat an der Auftaktaufaktveranstaltung zum Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen in Kopenhagen teilgenommen. Die Eröffnungsrede hielt der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, László Andor. In dieser unterstrich er, dass ältere Menschen vor allem auch in ihrer Rolle als Pflegende/Betreuende unterstützt werden müssen. Die COFACE teilt diese Ansicht, die auch in ihrem Positionspapier der „Disability and Dependency Working Group“ zum aktiven Altern von Pflegenden in der Familie steht. Insgesamt bedauert die COFACE, dass die Auftaktveranstaltung zum EY 2012 sich vor allem den Themen Alter und Beschäftigung und Arbeitsmarktfragen widmete. Die COFACE heißt das Engagement der zyprischen Ratspräsidentschaft für das zweite Halbjahr 2012 willkommen, die den Fokus auf die Partizipation lokaler NGOs in der Implementierung der EU2020 Strategie richtet.

Neues aus der Europäischen Kommission

Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland entkräftet Befürchtungen zur Berufsanerkennungsrichtlinie von Pflegeberufen

Im Januar 2012 hat die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland eine Mitteilung zur Neuregelung der Berufsanerkennungsrichtlinie von Pflegeberufen veröffentlicht, mit der Missverständnisse aus dem Weg geräumt werden sollten, die im Zuge der Neufassung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie zu Pflegeberufen entstanden waren. In der Richtlinie ist eine europaweite Vereinheitlichung der Ausbildungsbedingungen und des Qualifikationsniveaus für bestimmte Pflegeberufe wie Krankenschwester/Krankenpfleger und Hebamme vorgesehen, die in Deutschland eine heftige Kritikwelle ausgelöst hatte, da weitere Engpässe im Pflegepersonal befürchtet wurden (siehe Europa News der AGF Dezember 2011).

In der Mitteilung heißt es, dass sich anders als verlautbart nichts für Altenpfleger/innen ändere, Befürchtungen eines zunehmenden Pflegenotstands somit unbegründet seien. Zudem werde wie bisher nicht das Abitur Voraussetzung für die Ausbildung zur/m Krankenschwester/Krankenpfleger und Hebamme sein, weil die Eingangsbedingung von zwölf Schuljahren auch andere Lösungen, wie die Berufsschule zuließe.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Neuregelung der Berufsanerkennungsrichtlinie von Pflegeberufen](#)
- [Mitteilung der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland zu den Fakten der Berufsanerkennungsrichtlinie von Pflegeberufen](#)

Initiative „Chancen für junge Menschen“ gestartet

Zwischen 2008 und 2010 stieg die Zahl arbeitsloser Jugendlicher in der EU von einer Million auf fünf Millionen. Als Antwort darauf startete die Kommission am 20. Dezember 2011 die Initiative „Chancen für junge Menschen“, mit der Jugendarbeitslosigkeit durch eine Kooperation von Kommission, Mitgliedstaaten und Sozialpartnern bekämpft werden soll. Dafür werden Maßnahmen gefördert, die Schulabbrüche verhindern und arbeitsmarktrelevante Kompetenzen sowie Berufserfahrung schaffen. Außerdem sollen die Arbeitsplatzsuche sowie innerbetriebliche Ausbildungen unterstützt werden. Von den Mitgliedstaaten selbst erwartet die Kommission, jugendpolitische Strategien und Maßnahmen in ihre nationalen Reformprogramme (NRP) aufzunehmen sowie eine bessere Nutzung des Europäischen Sozialfonds (ESF), in dem noch immer 30 Milliarden Euro noch keinem Projekt zugewiesen sind. 1,3 Mio. Euro sollen aus dem ESF für die Schaffung von Lehrstellen, drei Mio. Euro für Förderprogramme für junge Unternehmensgründer und Sozialunternehmer verwendet werden.

Die Kommission will die wichtigsten Maßnahmen der Initiative mit vier Mio. Euro für die Einführung einer „Jugendgarantie“ unterstützen. Damit soll Jugendlichen garantiert werden, dass sie binnen vier Monaten nach Beendigung der Schule eine Arbeitsstelle oder einen Aus- oder Weiterbildungsplatz erhalten. Weiterhin plant die Kommission die Aufstockung der Finanzmittel für den Europäischen Freiwilligendienst im Rahmen des neuen Programms „Erasmus für alle“.

- [Mitteilung der Europäischen Kommission zur Initiative „Chancen für junge Menschen“](#) 
- [FAQ zur Initiative „Chancen für junge Menschen“ \(englisch\)](#)

Quartalsrückblick: Armutsniveau steigt in einigen EU-Staaten dramatisch an

Der neueste Quartalsrückblick der Europäischen Kommission zur Beschäftigung und sozialen Situation in der EU vom Dezember 2011 zeigt, dass das Armutsniveau in einigen EU-Mitgliedstaaten dramatisch ansteigt. Dieses ist vor allem in den Ländern der Fall, die besonders stark von der Eurokrise betroffen sind. Dazu gehören die baltischen Staaten, Spanien, Irland und Griechenland. Dabei trifft es die Personengruppen am stärksten, die bereits vor der Krise zu den ärmsten Bürger/innen gehörten: junge Erwachsene, Geringqualifizierte, Migranten, Familien mit vielen Kindern und alleinerziehendem Elternteil.

- [Mitteilung von Euroalert zur wachsenden Armut in der EU \(englisch\)](#)
- [Artikel der BBC zur Lage vieler griechischer Familien \(englisch\)](#)

Kommission nimmt neue Beihilferegeln für öffentliche Dienstleistungen an

Öffentliche Dienstleistungen, die dem Wohl und dem sozialen Zusammenhalt der Menschen dienen (z.B. Gesundheitsfürsorge, Kinderbetreuung, soziales Wohnungswesen), werden als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) bezeichnet. Um die Erbringung qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen zu fördern, hat die Kommission nun nach einer Konsultation im Herbst 2011 neue, vereinfachende Regeln verabschiedet. Das sogenannte „Altmark-Paket“ erläutert die wichtigsten Grundsätze für staatliche Beihilfen, definiert Begriffe wie „wirtschaftliche Tätigkeit“ und soll damit die Handhabung durch nationale, regionale oder lokale Behörden erleichtern. Die DAWI-Beihilferegeln legen fest, wann staatliche Ausgleichszahlungen an die Erbringer öffentlicher Dienstleistungen im Einklang mit EU-Recht stehen. Die Mitgliedstaaten entscheiden selbst darüber, welche Dienstleistungen sie als von allgemeinem Interesse erachten.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)
- [Maßnahmenpaket zur Anwendung der Beihilfavorschriften auf DAWI \(englisch\)](#)

Zentrale Europa-Website für Kinder „Kinderecke“ online

Um Kinder altersgerecht und spielerisch über die Europäische Union zu informieren, hat die Kommission die zentrale Europa-Webseite „Kinderecke“ gestartet. Auf der in allen EU-Sprachen verfügbaren Website können Kinder ihr Wissen über die EU testen und erweitern. Dazu stehen ihnen u.a. Spiele (beispielsweise zur Geschichte und Kultur der Mitgliedstaaten) oder Cartoons zu verschiedenen Themen bereit. Des Weiteren erfahren Kinder dort, welche Rechte ihnen in der EU zustehen und wie Entscheidungen getroffen werden. Außerdem erhalten Kinder Kontaktdaten zu Ansprechpartner/innen in allen EU-Mitgliedstaaten. Die „Kinderecke“ ist mit der Webseite für Lehrer „Teachers Corner“ verknüpft.

- [Link zur Europa-Webseite für Kinder](#)

Neues aus dem Europäischen Parlament

Parlament will Lebensmittelverschwendung stoppen

Das Parlament fordert Maßnahmen, um die Lebensmittelverschwendung in der EU bis 2025 um 50% zu verringern. Gleichzeitig soll einkommensschwachen Menschen der Zugang zu Lebensmitteln erleichtert werden. Diese EntschlieÙung basiert auf der Feststellung, dass etwa die Hälfte aller Lebensmittel in der EU weggeworfen werden, während rund 16 Millionen Menschen von Lebensmittelhilfe abhängig sind. Dazu sei eine Steigerung der Effizienz der Lebensmittel-Logistikette vom Produzenten bis zum Endverbraucher nötig. Zu den Maßnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung gehören allgemeine Sensibilisierungskampagnen auf europäischer und nationaler Ebene, Ernährungskurse für Schüler/innen und Studierende, differenzierte Etikettierungen mit den Angaben „mindestens haltbar bis“ und „zu verbrauchen bis“ sowie eine Bevorzugung öffentlicher Aufträge von Verpflegungsdienstleistungen an Unternehmen, die eine kostenlose Verteilung nicht servierter Produkte an ärmere Bevölkerungsgruppen garantieren.

- [Mitteilung des Europäischen Parlaments zum Stopp der Lebensmittelverschwendung](#)
- [EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zum Stopp der Lebensmittelverschwendung](#)

Parlament will Schulabbrecherquote senken

Rund sechs Millionen junge Menschen in der EU verlassen die Schule ohne einen formalen Bildungsabschluss. Zur Verringerung dieser hohen Schulabbrecherzahlen in der EU hat das Parlament im Dezember 2011 eine Resolution verabschiedet, um die Schulabbrecherquote bis 2020 um 10% zu senken. Lehrer, Eltern und die Gesellschaft sollen junge Menschen darin bestärken, bestehende Bildungsmöglichkeiten zu nutzen. Eine wichtige Maßnahme ist unter anderem die Bereitstellung von Beratungsstellen an Schulen, um den Schülern die Möglichkeit zu geben, mit einer pädagogischen Fachkraft über persönliche Probleme zu sprechen und Lösungen zu finden.

- [Resolution des Parlaments zur Verringerung der Schulabbrecherquote \(englisch\)](#)

Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen

Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen gestartet

Das „Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ (EY 2012) wurde offiziell gestartet. Das EY 2012 umfasst drei große Aspekte der Aktivität im Alter: Das aktive Altern in der Erwerbstätigkeit, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und das unabhängige Leben älterer Menschen. Dies käme nicht nur den einzelnen Personen und Familien, sondern der gesamten Gesellschaft zugute, die den Beitrag älterer Menschen immer mehr wertzuschätzen wisse. Das Bewusstsein genau dafür zu stärken, ist Ziel des Europäischen Jahres mit seinen Veranstaltungen und Publikationen. Außerdem soll diskutiert werden, welche Rolle ältere Menschen künftig in der EU einnehmen können und welche Maßnahmen die Voraussetzungen für Aktivitäten im Alter unterstützen.

Die Auftaktveranstaltung zum EY 2012 fand am 18. und 19. Januar in Kopenhagen statt, da Dänemark im ersten Halbjahr 2012 die EU-Ratspräsidentschaft inne hat. Neben Vorträgen zum aktiven Altern wurde das Thema in drei thematischen Sitzungen behandelt.

Nach und nach stellen auch die einzelnen Mitgliedstaaten der EU ihre Webseiten zur nationalen Umsetzung des Jahres online,

- [Website zum „Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“](#)
- [Deutsche Website zum „Europäischen Jahr 2012“](#)

Kommission legt Eurobarometer-Umfrage zum Altern der Gesellschaft vor

Zu Beginn des EY 2012 legte die Kommission eine Eurobarometer-Umfrage zum Altern der Gesellschaft vor. Mit der Umfrage hat die Kommission die Meinung der EU-Bürger/innen zu diesem Thema in fünf Bereichen erfasst: allgemeine Einstellungen zum Alter und zu älteren Menschen, ältere Menschen am Arbeitsplatz, Ruhestand und Renten bzw. Pensionen, Freiwilligentätigkeiten sowie Unterstützung für ältere Menschen und eine altersfreundliche Umgebung. Laut Umfrage sind sich 71% der Europäer/innen dessen bewusst, dass die Bevölkerung Europas immer älter wird, doch nur 42% sehen diese Entwicklung als problematisch an. Über 60% der Befragten sprechen sich dafür aus, auch nach dem Eintritt ins Rentenalter weiterarbeiten zu dürfen, ein Drittel erklärte, selbst gern länger arbeiten zu wollen.

- [Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission \(englisch\)](#)
- [Zusammengefasste Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage \(englisch\)](#)

Individualbeschwerderecht bei Verstößen gegen Kinderrechte beschlossen

Am 19. Dezember 2011 hat die UN-Generalversammlung das Zusatzprotokoll zu einem Individualbeschwerdeverfahren zur UN-Kinderrechtskonvention beschlossen. Damit können sich Kinder und Jugendliche an den unabhängigen UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes wenden, wenn ihnen ihre Rechte durch den Staat verwehrt werden und der innerstaatliche Rechtsweg ausgeschöpft ist. Außerdem kann damit der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes auch aus eigenen Kräften ein Untersuchungsverfahren einleiten, wenn es in einem Land zu Kinderrechtsverletzungen kommt. Das Protokoll tritt in Kraft, wenn es von mindestens 10 Staaten ratifiziert wird. Am 5. April 2012 jährt sich die Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention, die die Rechte von Kindern regelt, zum 20igsten Mal.

Europaweite Grundsätze zur Verbesserung der Onlinesicherheit für Kinder eingeführt

Die ICT Coalition für ein sicheres Internet für Kinder und junge Menschen (Coalition for a Safer Internet for Children and Young People) hat Richtlinien zur Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen eingeführt. Mit den Richtlinien soll sichergestellt werden, dass Kinder und junge Menschen den größtmöglichen Nutzen aus neuen Technologien ziehen, während sie Probleme und Risiken umgehen können. Die Grundsätze beziehen sich auf folgende Kernbereiche: Inhalt, elterliche Kontrolle, Umgang mit Missbrauch, Inhalte mit sexuellem Kindesmissbrauch, Privatsphäre und Kontrolle sowie Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Die Grundsätze sind bisher von 25 Unternehmen aus dem Kommunikations- und Informationstechnologiesektor unterzeichnet worden. Sie verpflichten sich damit, innovative Verfahren zu entwickeln, die zur Verbesserung der Onlinesicherheit beitragen und Kinder und junge Menschen zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit dem Internet sowie internetfähigen Geräten zu ermutigen. Weiterhin sollen sie Eltern und Betreuern die Möglichkeit bieten, sich zum Schutz der Kinder aktiv mit einzubringen. Informationen zum Thema Onlinesicherheit und Verhalten müssen bereitgestellt werden und darüber aufklären, wie und wem gegenüber Missbrauchsfälle kommuniziert werden können.

- [ICT-Grundsätze zur Onlinesicherheit von Kindern und jungen Menschen \(englisch\)](#) 

Europol koordiniert schärferes Vorgehen gegen Kindesmissbrauch im Internet

Europol unterstützt und koordiniert die „Operation Icarus“, die von Strafverfolgungsbehörden aus 26 EU-Mitgliedstaaten betrieben wird, um sexuellen Kindesmissbrauch im Internet zu stoppen. Die „Operation Icarus“ hat bisher dazu beigetragen, in 22 Ländern 269 mutmaßliche Täter zu identifizieren und 112 Tatverdächtige zu verhaften, die in Online-Netzwerken kinderpornographisches Material verbreitet und angeschaut haben.

- [Mitteilung von Euroalert zur „Operation Icarus“](#)

OECD veröffentlicht Bericht „The Future of Families to 2030“

Die OECD hat den Bericht „The Future of Families to 2030“ veröffentlicht, in dem prognostizierte Veränderungen von Familien- und Haushaltsstrukturen in den OECD-Mitgliedsländern bis zum Jahr 2030 dargestellt und analysiert werden. Demographische Studien aus den OECD-Mitgliedsländern zeigen, dass seit den 1960er Jahren signifikante Veränderungen der Familienstrukturen stattfanden, was in den Studien auch für die kommenden 20 Jahre erwartet wird.

- [Mitteilung der OECD zur Veröffentlichung des Berichts „The Future of Families to 2030“ \(englisch\)](#)

Bericht „Promoting the social inclusion of Roma“ erschienen

Das „Network of Independent Experts on Social Inclusion“ hat, mit Unterstützung der Europäischen Kommission, den Bericht „Promoting the social inclusion of Roma“ veröffentlicht. Dieser enthält zunächst einen allgemeinen Überblick über die Situation von Roma in der EU und weiterhin Berichte der einzelnen Mitgliedstaaten, in denen die Situation der Roma untersucht wird. Dabei werden die Stärken und Schwächen bereits vorhandener Maßnahmen und Programme zur Inklusion von Roma analysiert und Handlungsbedarf aufgezeigt.

- [Bericht „Promoting the social inclusion of Roma“ \(englisch\)](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- Regionalseminar der European Alliance for Families (EAF) [“Work-Life Balance and Reform of the Welfare State”](#) (25. Januar 2012, Brüssel)
- Deutsche Auftaktveranstaltung zum [“Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012”](#) (6. Februar 2012, Berlin)
- Arbeitsgruppentreffen der COFACE: „Exchange of information and experiences: mutual learning and capacity building“ (7. Februar 2012, Brüssel)
- Seminar der Dänischen Ratspräsidentschaft [“Seminar on combating child pornography on the Internet”](#) (13. – 14. Februar 2012, Kopenhagen)
- Eurochild-Konferenz [“Learning for Well-being: A Policy Priority for Children and Youth in Europe”](#) (27. Februar 2012, Brüssel)
- Public Policy Exchange mit Symposium [“Raising Awareness of Children as Hidden Victims of Domestic Violence and Abuse in Europe”](#) (28. Februar, Brüssel)
- Public Policy Exchange mit Fachkonferenz [“Equality in the Workplace: Zero Tolerance on Gender-Based Discrimination and Harassment in Europe”](#) (6. März 2012, Brüssel)
- Konferenz der Dänische Ratspräsidentschaft [“Youth Conference”](#) (18. – 21. März 2012, Kopenhagen)
- Konferenz der EU-Kommission [“Innovation in Healthcare without borders”](#) (16 – 17. April 2012, Brüssel)
- Arbeitsgruppentreffen der COFACE: “Consumer protection, Services and Public Health policies” (20. April 2012, Brüssel)
- Europäische European Social Insurance Platform-Konferenz [“Aktives, gesundes Altern und Generationensolidarität: Die Rolle der Sozialversicherungen”](#) (23. Mai 2012, Brüssel)
- European Map of Intergenerational Learning-Netzwerk mit Konferenz [“Generations Ageing Together”](#) (9. – 11. Juli, Staffordshire)
- Glasgow Caledonian University und BHF National Centre: [“8th World Congress on Active Aging”](#), (13. – 17. August 2012, Glasgow)
- Eurochild Jahreskonferenz 2012 [“Promoting the rights of children in alternative care across Europe”](#) (24. – 26. Oktober 2012, Sofia)

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union)